



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/28 - 2. Februar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886390

Bilanz	S. 1
Ein Jahr Regierung Hellet	S. 3
Die Braunschweiger Studentendemonstration und die Mobilisierung des Geistes	S. 4
Entspannung so wichtig wie noch nie	S. 6
Zehnjähriges Jubiläum des Malerner Programms	S. 8

Spiel mit dem Feuer

sp - Leidenschaftslos und mit Abstand von der Atmosphäre hitziger Bundestagsdebatten betrachtet, ergibt sich für das parlamentarische Geschehen dieser Woche folgende politische Bilanz: Die Bundesregierung hat weder durch ihre ministeriellen Sprecher von Brentano und Franz Joseph Strauß, noch durch ihre Parteiredner den geringsten AnsatZ zur Überwindung der von ihr seit Jahren forcierten Politik des rein militärischen Denkens gezeigt. Die Vorstellung, dass anstelle der Politik militärischer Machtblöcke eine Politik des Überwindens dieser gerade für Deutschland verhängnisvollen Nachkriegsperiode angestrebt werden müsste, existiert für diese Regierung nicht.

Im Gegenteil, sowohl während der aussenpolitischen Debatte, wie auch während der Auseinandersetzung über die Bewilligung von 50 000 Planstellen für die Bundeswehr ist eindeutig von den Regierungssprechern herausgestellt worden, dass man nach wie vor in der möglichst schnellen und starken Aufrüstung Westdeutschlands die Voraussetzungen auch für die Überwindung der Spaltung Deutschlands sieht.

Da man aber andererseits auch im Regierungslager weiss, dass diese Art von Politik den Weg zur Wiedervereinigung noch mehr verbaut, als er dänshin schon durch die gleiche Politik in der Vergangenheit verbaut wurde, ergibt sich daraus für das deutsche Volk die erschütternde Folgerung, von einer Regierung regiert zu werden, die ganz offenbar alles auf eine Karte setzt.

Denn: Wenn die Bundesregierung - was Strauß angekündigt hat -

ein 500 000 Mann-Heer aufstellen will, um (wörtlich nach Strauß) "Überdies mehr potentielle Macht" zu verfügen, dann will sie es auch in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf eine Machtprobe mit der Sowjetunion ankommen lassen. Wir halten einen Mann wie Franz Joseph Strauß nicht für so fantastisch, dass er hierbei nur an die "potentielle Macht" der Bundesrepublik denkt; er meint sicher die zusammengeballte Macht der westlichen Nationen. Da aber die Bundesrepublik mit ihrem vorgesehenen 500 000 Mann-Heer gewissermaßen an der Spitze dieser "potentiellen Macht" steht, jenseits des Eisernen Vorhangs aber ebenfalls und auch mit deutschen Soldaten eine "potentielle Macht" errichtet ist und noch weiter ausgebaut wird, bleibt es nach dem Willen der deutschen Bundesregierung bei einer Politik des Ausspielens eines Machtpotentials gegen das andere.

Nun wäre das in der Weltgeschichte an sich nichts Neues; es hat immer ähnliche Konstellationen gegeben. Nur stehen wir Deutschen in diesem Falle vor der unheimlichen Tatsache, dass in dem Augenblick des "Ausspielens" der potentiellen Macht Deutsche gegen Deutsche kämpfen würden und dies im Zeitalter der H-Bomben.

Die Politik der jetzigen Bundesregierung beruht konsequenterweise auf der Überlegung, dass man abwarten muss, bis das eine oder das andere "Machtpotential" versucht, sein militärisches Gewicht in die Waagschale der Entscheidung zu werfen.

Franz Joseph Strauß hat auch mehrfach den Gedanken anklingen lassen, dass dies vor ihm gewollte "Machtpotential" die Sowjetunion verhandlungsbereiter machen würde. Was geschieht, wenn diese Spekulation auf einem Irrtum beruht, wenn die Sowjetunion dann auch nicht oder erst recht nicht verhandlungsbereiter wird? Will man dann versuchen, wie das bis dahin geschaffene "Machtpotential" funktioniert? Diese Fragen drängen sich auf. Wir können uns vorstellen, dass die CDU überhaupt nicht anders als im Begriff des "Machtpotentials" denken kann. Politisch und militärisch. Dann sollen ihre massgebenden Männer aber auch den Mut haben, dem Volke zu sagen, dass diese Politik ein Spiel mit dem Feuer ist. Sicherheit des deutschen Volkes, die im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa notwendige Wiedervereinigung Deutschlands - eine ernsthafte Diskussion über diese Probleme ist nämlich unmöglich, wenn man glaubt, dass man sie auf der Grundlage des Denkens in militärischer Machtblöcken führen kann.

Der Weg der Regierung und der Koalition ist ein Weg zum nationalen Bankrott.

Ein Jahr Regierung Mollet

Dr. K.B. - Paris

Guy Mollet, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, ist jetzt seit einem Jahr Ministerpräsident. 32 mal hat er in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage gestellt und jedes Mal eine grössere Mehrheit für seine Politik erringen können, als jeder seiner zahlreichen Vorgänger seit 1945. Wenn Mollet noch einen Monat Regierungschef bleibt, schlägt er den "Rekord" des ehemaligen Ministerpräsidenten Queuille, der ein Jahr und 25 Tage regiert hat, bevor ihn das Parlament zum Rücktritt zwang.

Kaum eine französische Nachkriegsregierung hat so viele und so schwere Hypothesen von ihren Vorgängern übernehmen müssen, wie die Regierung Mollet. Im Innern zerrüttete Finanzen, eine unbefriedigende Sozialpolitik und das Davonlaufen der Preise. Ausserpolitisch war Frankreich bei der Übernahme der Regierung durch Mollet isoliert. Die Wunden des Verlustes von Indochina waren noch nicht verheilt, Marokko und Tunis meldeten ihre Ansprüche an und in Algerien tobte der Aufstand. Dass es Mollet unter diesen Umständen noch fertigbrachte, Frankreich eine neue Altersversicherung und eine wesentliche Verbesserung des Feriensystems für Arbeitnehmer zu geben, ist erstaunlich. Auch die Art, wie der Ministerpräsident aktiv in die französische Europapolitik eingriff und starke zum Teil sogar nationalistische Hemmungen gegenüber neuen europäischen Lösungen zu beseitigen versuchte, gehört zu den Hauptpunkten seiner Regierungstätigkeit. In seine Amtsperiode fällt auch die politische Regelung der Saarfrage.

Wer aber annehmen würde, dass Mollets Position gefestigt ist, irrt sich. Die Tatsache, dass trotz vieler Ansätze zur friedlichen Beilegung des Aufstandes in Algerien auch Mollets Nordafrika-Politik erfolglos blieb sowie die Beteiligung Frankreichs an dem militärischen Abenteuer im Nahen Osten, haben seine Stellung erschüttert. Bisher konnte Mollet immer noch seine eigenen ihm besonders wegen der Algerien-Politik und der Suezintervention stark kritisierenden Parteifreunde beruhigen. Er hat auch in entscheidender Situationen auf der Parlamentsebene die Pitte und die gemässigten Rechte für sich gewinnen können, wenn es sich darum handelte, den Ansturm der kommunistischen und rechtseradikalen Opposition abzuwehren. Vielleicht ist es sogar das "Geheimnis" der relativ langen Lebensdauer seiner Regierung, dass im Augenblick in Frankreich eine Regierungsbildung ohne die Sozialisten praktisch kaum möglich ist, wenn man nicht - was jede demokratische Partei ablehnt - die Foujadisten oder gar die Kommunisten an der Regierung beteiligen will.

Konkurrenzkampf mit Atomen und Raketen

K.H. In den letzten Wochen lösten sich wieder einmal die Meldungen über neue Erfolge auf dem Gebiet der Raketenforschung und der Konstruktion von Atomwaffen gegenseitig ab. Aus den Vereinigten Staaten kamen fast täglich Berichte über neue und immer wirkungsvollere Waffen bei Armee, Luftwaffe und Marine. Eine derartige Serie konnte natürlich die sowjetischen Militärfachleute nicht ruhen lassen und prompt erzählte der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Schukow, dieser Tage, dass auch die Sowjetunion über weitreichende Waffen verfüge. Nach seinen Angaben sind diese Waffen in der Lage, "Atomgeschosse bis an den fernsten Punkt des Erdballs zu tragen". Schukow erzählte dies zwar nicht in Moskau, sondern in Indien, aber gerade dadurch wollte er vielleicht seinen Berichten den Anschein nehmen, in bestimmter Absicht gesprochen zu haben.

Wenn man sich alle diese Meldungen vergegenwärtigt, dann kann wirklich ein niederschmetternder Eindruck nicht ausbleiben. Amerikanische Marineeinheiten werden auf Atomtrieb umgestellt; die Raketen der US-Air Force fliegen Tausende von Kilometern; die Geschosse der US-Army fliegen ebenfalls Tausende von Kilometern weit und können natürlich auch mit Atomsprengeköpfen versehen werden; die Sowjets wollen in der Lage sein, mit ihren Atomgeschossen auch den fernsten Punkt des Erdballs zu erreichen.

Zun Glück für die Welt ist es aber nun kein eigentliches "Säbelrasseln", wenn die amerikanischen Militärs mit ihren neuen Erfindungen Propaganda machen. Abgesehen davon, dass sie alle in der Frage des Einsatzes dieser Waffen vollständig von Präsident Eisenhower abhängen, hat ihre Propaganda in erster Linie innenpolitische Hintergründe.

Jedes Jahr in den Monaten Januar und Februar werden im amerikanischen Parlament die Budgetberatungen durchgeführt, und ein wichtiger Teil dieses Budgets entfällt auf die Militärausgaben. In den Rüstungsposten sind auch die Mittel für die Forschungsaufgaben

der einzelnen Truppenteile enthalten. Armee, Luftwaffe und Marine sind aber gerade auf diesem Gebiet scharfe Konkurrenten, und jeder der drei Oberkommandierenden schätzt die Bedeutung gerade seiner Truppe höher als die der anderen Generale.

Auf diese Weise kommt es Jahr für Jahr zu einem Wettlauf um die Budgetgelder, der in Land der absoluten Presse- und Meinungsfreiheit naturgemäss in aller Öffentlichkeit und durch Zeitungs-meldungen ausgetragen wird. In diesem Jahr begann es mit dem Flug rund um die Welt, wurde mit den weitreichenden Geschossen der Armee fortgesetzt und endete jetzt mit dem Atomtrieb für Kriegsschiffe. Jeder versucht, die meisten Abgeordneten auf seine Seite zu ziehen und damit den Löwenanteil der Militärausgaben zu kassieren.

Vor diesem Hintergrund werden alle Meldungen über die Erfolge mit neuen furchtbaren Waffen etwas harmloser. Dass die Sowjetunion nachzieht, ist dann kein Wunder. Trotzdem bleibt das Grauen vor einer derartigen Materie. Denn alle Kenntnisse um die finanz-technischen Hintergründe - wenigstens was die Amerikaner angeht - können nicht verhindern, dass die Furcht in aller Welt heute alltäglicher Gast ist. Umso mehr erscheint die immer wieder ausgesprochene Forderung auf Stärkung der Vereinten Nationen und auf Unterstützung aller Entspannungsmomente so wichtig wie noch nie. Wo zuviel Pulver gesammelt wird, und sei es unter noch so guter Kontrolle, kann niemand mehr ruhig schlafen, und die Forderung nach Freiheit von Furcht wird von Tag zu Tag wichtiger.

- + +

Zur Belehrung für Schröder

Bo - "Es gärt unter den Studenten..." Diese jetzt so häufig zu lesende Überschrift bezieht sich zumeist auf die Humboldt-Universität in Ost-Berlin, auf Leipzig, auf Bukarest und Sofia. Manchmal jedoch trifft sie auf Orte zu, die in der entgegengesetzten geographischen Linie liegen. Allerdings rebellieren die Studenten im Westen aus anderen Gründen als ihre östlichen Kommilitonen. Im Osten geht

2. 2. 1957

es gegen die Unterdrücker der geistigen Freiheit, in der Bundesrepublik geht es gegen den krassen Materialismus derjenigen, die für die unzulänglichen Studienbedingungen verantwortlich sind.

Im vorigen Jahr hat die SPD auf mehreren grossen Tagungen zur "Mobilisierung des Geistes" aufgerufen. Im Dezember forderte sie in Düsseldorf die Bundesregierung auf, die Aufwendungen zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses bedeutend zu erhöhen. Im Anschluss daran fühlte sich der Bundesinnenminister Schröder bemüssigt, festzustellen, dass "die Zahlen vom Stand der kulturpolitischen Bemühungen in Deutschland" (er meint die Bundesrepublik) ein "erfreuliches Bild" zeigen. Er musste dafür eine Reihe von Zurechtweisungen einstecken. Dieser Tage noch hat der parteilose bayrische Kultusminister Rucker dem Bundesinnenminister, der die Statistik von 1913 zitiert hatte, entgegengehalten: "Damals hat ein Wissenschaftler mit einem Mikroskop für 1.800 Mark echte wissenschaftliche Arbeit leisten können, heute braucht er ein Elektronenmikroskop für 150.000 DM".

Eine ebenso treffende Antwort wurde dem leichtfertigen Optimismus Schröders dieser Tage durch die Studenten der Ältesten Technischen Hochschule der Bundesrepublik zuteil. Etwa 2 500 der insgesamt 4 000 Studierenden der TH Braunschweig zogen in einem Schweigemarsch durch die Stadt, um zu erreichen, dass ihre schon oft erhobenen Forderungen nach ausreichender Forschung und Ausbildung endlich verwirklicht werden. Der Allgemeine Studentenausschuss übergab der Presse seinen Bericht über die Zustände an der Schule. Aus ihm ergibt sich, dass trotz ständiger Zunahme der Studierendenzahl der Lehrkörper sich in den letzten Jahren vermindert hat. In den Laboratorien müssen die Studierenden um ihren Arbeitsplatz Schlange stehen. Das Institut für Werkstoffkunde hat heute noch die gleiche Zahl von Professoren und Assistenten wie vor dem Kriege, obwohl sich die Zahl der Studierenden verzehnfacht hat ! Da der grösste Hörsaal der Hochschule nur 350 Plätze aufweist, müssen zahlreiche Grundvorlesungen für 1 000 Studenten in Braunschweiger Kinosälen gelesen werden. Der Bücherei steht nur ein Drittel der Beträge zur Verfügung, die sie braucht, um die laufenden Neuerscheinungen und Zeitschriften zu halten. Braunschweig besitzt noch kein Studentenwohnheim. Drei Viertel der

Studierenden müssen auch während des Semesters Geld verdienen. 256 Antragstellern auf Stipendien konnten nur je 26 DM im Semester bewilligt werden. Besonders schwierige Verhältnisse herrschen in der Mensa, in der bei täglich 2 000 Essen nur 360 Plätze vorhanden sind.

Man hört zudem noch Dinge, die diesen traurigen Bericht durch einige Details über die Lage der Professoren ergänzen, deren Ehegattinnen manchmal freiwillig Scheuerfrau spielen, weil nicht genügend Mittel für die Sauberhaltung der Unterrichtslokale zur Verfügung gestellt werden. Vor allem aber sei darauf hingewiesen, dass Braunschweig keine Ausnahme macht. Das geht mit aller Eindeutigkeit aus der soeben veröffentlichten Umfrage des Deutschen Studentenwerks über die soziale Lage der Studentenschaft hervor. Nur für ein Drittel der Studenten bezahlen die Eltern die Studienkosten. Die Zahl der Studenten, die ihr Studium ganz ohne fremde Hilfe bestreiten, ist auf 10.000 von 120.000 abgesunken. Allerdings ist immer noch die Hälfte aller Studenten darauf angewiesen, gelegentlich durch Werkarbeit Geld für ihr Studium hinzuzuverdienen. Nach Meinung des Deutschen Studentenwerks müsse man jeder Begabten und Aufwärtsstrebenden ein gewisses Mass an Selbsthilfe zutrauen, das aber überschritten werde, wenn noch immer mehr als 30.000 Studenten während der vollen Dauer ihrer Semesterferien, in denen sie eigentlich den auf der Universität vermittelten Stoff aufarbeiten sollen, ganzjährig erwerbstätig seien. Wenn auf lange Sicht vermieden werden sollte, dass nur der Student aus wirtschaftlich besser gestellten Schichten ein gutes und solides Studium betreiben könne, müssten umfangreiche, dauerhafte Massnahmen zur Förderung der Studentenschaft in die Wege geleitet werden.

CDU-Schröder hatte den traurigen Mut gehabt, zu erklären, man müsse die Ausgaben für Schule, Forschung, Wissenschaft und Kunst "auf ein gesundes Mass" zurückzuführen. Halten wir dem nur das Wort des katholischen französischen Schriftstellers Peguy gegenüber: "Das Materielle ist nur das Bett des Geistigen - das Bett aber muss sauber und anständig sein!" +

Christian Paulmann 60 Jahre

Der bekannte Kulturpolitiker und frühere Senator für Erziehungswesen in Bremen, Christian Paulmann, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Paulmann war bis vor kurzem Mitglied des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Bildung und hat sich nach dem zweiten Weltkrieg besonders um den Aufbau des Schulwesens verdient gemacht.

Erhard und Ahlen

EB. Alles, was in der CDU Beine hat, rafft sich in diesen Tagen auf, um den Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister Erhard am 2. Februar zu feiern, eines Mannes, der als Direktor des bizonalen Amtes für Wirtschaft der Verwalter der Zwangswirtschaft war und der sich mit dem Wirtschaftsversicherungsgesetz jetzt wieder neue Möglichkeiten geben liess, eines Tages die Schuhbezugscheine und die Lebensmittelkarten einzuführen.

Die CDU erinnert sich also sehr wohl an Daten und Jubiläen, sie geht aber völlig mit Schweigen über ein Datum hinweg, das für ihre Parteigeschichte nach wie vor von Bedeutung ist, selbst wenn man offenbar nichts mehr davon wissen will. Wir meinen das "Ahlener Programm", das der Zonen-Ausschuss der CDU für die britische Zone in seiner Tagung vom 1. bis 3. Februar 1947 beschlossen hat, das also heute ein 10-jähriges Jubiläum feiern kann. Besser sagte man "könnte", denn die CDU will heute von diesem ihrem ersten Nachkriegs-Kind nichts mehr wissen und wendet sich ab, wenn sie ihm "Unter den Linden" begegnet.

Trotzdem sollte man die Partei daran erinnern, was sie damals beschlossen hat. Beispielsweise eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, da das Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung nicht mehr durch das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben bestimmt werden dürfe. Bergbau und die eisenschaffende Grossindustrie wollte die CDU nach diesem Programm vergesellschaften, der private Aktien-Besitz sollte in der Höhe begrenzt werden, ja es gibt sogar ein Kapitel IV, das die Überschrift "Planung und Lenkung der Wirtschaft" trägt. In den Selbstverwaltungskörperschaften, beispielsweise in den Industrie- und Handelskammern, sollten die Arbeitnehmer gleichberechtigt beteiligt werden; man sprach von Bodenreform und anderem mehr.

Was ist von dem alles übriggeblieben? Nicht etwa, dass sich die SPD mit diesen aufgestellten Leitsätzen identifizieren und ihnen nachtrauere, dass sie nicht verwirklicht werden. Die SPD hat ihr eigenes Wirtschaftsprogramm, das in manchen Punkten den starren Schematismus und Dirigismus des Ahlener Programms ablehnen müsste. Aber es ist doch interessant, festzustellen, wie eine Partei ihr eigenes Programm verleugnet und genau das Gegenteil von dem getan hat, unter dessen Gesetz sie angetreten ist.

Nach der aussenpolitischen Debatte des Bundestages verdient auch dieser Tag festgehalten zu werden, da er zeigt, was die Regierungspartei und was ihr Bundeskanzler, der das Ahlener Programm mitbeschlossen hat, unter "Stetigkeit in der Politik" versteht.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel